**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 60 (1980)
**Heft:** 5

**Rubrik:** Kommentare

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Kommentare

## EINE NEUE POLITIK?

*Mit Willi Ritschard über die erste Hürde*

Dass sich die schweizerische Innenpolitik, um nur von diesem Aspekt unserer Politik zu sprechen, in einer bedrängten Lage befindet, ist keine neue Erkenntnis. Die Klage über die nicht mehr hinreichende Meisterung der gestellten Aufgaben ist seit Jahren in den Rechenschaftsablagen des Bundesrates nachzulesen. Besonders die jeweiligen Rechnungsbotschaften sind illustrativ. Aber auch abgesehen von der sich verschlechternden finanziellen Situation mit den Jahr für Jahr steigenden Ausgabensummen und sich kumulierenden Fehlbeträgen, die sich mit dem Nachlassen der fetten Jahre der Überkonjunktur eingestellt haben, sind empfindliche Mängel festzustellen. Verwaltung, Regierung, Parlament und selbst der Souverän, der seinem Missvergnügen mit der zunehmenden Stimmabstinenz Ausdruck gibt, fühlen sich überlastet. Man spricht von «Vollzugsschwierigkeiten des Leistungsstaates», der sich mit dem Bestreben, eine masslose Wunschliste zu erfüllen, übernommen hat. «Es muss etwas geschehen!» – dieser Stossseufzer ist altbekannt.

### *Reformen*

Projekte für eine Sanierung der Verhältnisse werden entworfen, geprüft, mit Vorbehalten gutgeheissen und letztlich doch wieder verworfen, so weit man sich zurückerinnern mag. Am weitesten gespannt ist der Versuch, mit einer Totalrevision der Bundesverfassung der Schwierigkeiten Herr zu werden. Indessen werden gerade diesem Versuch, der Mitte der sechziger Jahre in Gestalt einmütig überwiesener Motionen des Parlaments eingeleitet wurde, nur geringe Aussichten auf eine Realisierung innert nützlicher Zeit eingeräumt. Andere, gross angelegte Entwürfe konzentrieren sich auf die Teilbereiche Verkehr und Energiewirtschaft, wo die Lage wegen der bedenklichen Abhängigkeit von weltweiten Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben, besonders prekär erscheint. Es sind hier sogenannte «Gesamtkonzeptionen» ausgearbeitet worden, die wiederum an dem doppelten Mangel leiden, dass die gegebene Konsequenz, die Auslandabhängigkeit durch Verbrauchseinschränkungen und Verlagerungen auf andere Energieträger zu vermindern, am heiligen Egoismus und an politischen Schwierigkeiten scheitern, wie sie beispielsweise in der zum Glaubenskrieg hochstilisierten Auseinandersetzung um die Kernenergie ihren Niederschlag finden. Eine grosszügige Lösung der Verkehrsprobleme stösst sich an der Zeitnot: weil die Realisierung des umfassenden Konzepts noch in weiter Ferne steht, werden Teilaspekte, wie die Einführung einer Schwerverkehrssteuer, die

aus Gründen der unerträglichen Defizitwirtschaft der öffentlichen Verkehrsträger sowohl als auch aus Überlegungen einer noch stärkeren Verlagerung des Verkehrs auf die Strasse nicht aufschiebbar erscheint, vorgezogen. Mit der Perspektive, dass auf diese Weise die spätere Verwirklichung einer Gesamtkonzeption ins Kamin geschrieben werden kann.

Es ist schliesslich mit denselben Begleiterscheinungen das zu Beginn der siebziger Jahre eingeleitete Vorhaben einer neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen in Erinnerung zu rufen, das einerseits in den grösseren Zusammenhang der grundlegenden Überarbeitung unseres Staatsgrundgesetzes gehört, andererseits durch die Bestrebungen für eine dringende Sanierung der Bundesfinanzen in letzter Zeit aktiviert worden ist.

Die Geschichte der Finanzreformen ist eine geradezu tragikomische Folge von sich ablösenden Provisorien, die sich dadurch auszeichnen, dass Lösungen letztlich immer wieder in der Volksabstimmung gescheitert sind; kurz darauf wurden jeweils im zweiten oder dritten Anlauf ähnliche Lösungen auf Zeit dann doch gutgeheissen – um den staatlichen Notstand zu vermeiden. Der Effekt, der heute festzustellen ist, besteht darin, dass sich der Haushalt des Bundes ohne Konzept ständig ausgeweitet hat und in eine Schuldenwirtschaft gemündet ist, die von niemandem gewünscht wird.

## *Der jüngste Anlauf*

Damit zur Ausgangslage, vor die sich der Bundesrat – und mit ihm Parlament und wir alle – gestellt sah, nachdem mit dem bedeutsamen Volksentscheid vom 20. Mai 1979 die Umwandlung der 1940 als Provisorium eingeführten und seither beibehaltenen Warenumsatzsteuer, die zusammen mit der als ebenso provisorischer, aber unentbehrlicher «Steuerzwilling» immer wieder fortgeführten direkten Bundessteuer die Haupteinnahmequelle des Bundes ist, in eine flexiblere «Mehrwertsteuer» zum zweiten Mal abgelehnt worden war.

Die Gesamtausgaben des Bundes, die vor zwanzig Jahren noch unter der 3-Milliarden-Grenze lagen, werden im laufenden Jahr trotz namhafter Anstrengungen, die der Bundesrat bei der Aufstellung seines «Sparbudgets» unternommen hat, auf über 17 Milliarden steigen. Sie haben sich in der überschaubaren Zeit versechsfacht! Auch die Einnahmen sind gleichzeitig gestiegen, ja in den Jahren der Hochkonjunktur sind sie sogar noch rascher angewachsen als die Ausgaben, so dass ein Teil der in den Jahren des Zweiten Weltkriegs aufgelaufenen Schulden abgetragen werden konnte. Aber weil es so einfach zu gehen schien, sind die Begehrlichkeiten, die bei der Staatskasse angemeldet wurden, eben immer grösser geworden. Und als der erste Hauch einer wirtschaftlichen Rezession über das Land ging, ist das schöne Gebäude rasch wackelig geworden.

In weniger als zehn Jahren hat die Bundesschuld um 10 Milliarden zugenommen. Allein im vergangenen Jahr ist ein neuer Fehlbetrag von 1,8 Milliarden aufgestockt worden. Wollten wir die Dinge treiben lassen, kämen zu den alten Schulden jedes Jahr Defizite von 3 Milliarden dazu. Wenn man

vor zehn Jahren drei Prozent der Bundeseinnahmen für Schuldenzinsen aufwenden musste, sind es heute bereits sechs Prozent. Bald eine Milliarde kostet heute der Schuldendienst. Eine Milliarde, die zusammen mit den erforderlichen Geldaufnahmen auf dem Kapitalmarkt die Inflation kräftig anheizt und für einen besseren Einsatz verloren ist.

Der Bundesrat ist in sich gegangen. Er hat nicht nur, wie angedeutet, bei der Budgetierung der Ausgaben für 1980 die sich abzeichnenden Ausgabenüberschüsse von 3 Milliarden durch kräftige Striche an den Departementsanträgen reduziert und auf einen Fehlbetrag von 1,3 Milliarden beschnitten. Er hat sich darüber hinaus einiges einfallen lassen. So hat er bei der Ausarbeitung seiner neusten «Regierungsrichtlinien», die er dem Parlament jeweilen in einer der ersten Sessionen der neuen Legislatur für die angelaufene Vierjahresperiode vorzulegen hat, den Willen zum Ausdruck gebracht, bei neuen Erlassen mit finanziellen Auswirkungen grösste Zurückhaltung zu üben. Vor allem hat er klare Prioritäten gesetzt und gleichzeitig mit seinem Richtlinien-Bericht vom 16. Januar einen Finanzplan für die gleichen vier Jahre vorgelegt, der auf die Absichtserklärung abgestimmt ist.

Er hat noch ein Mehreres getan: Am 24. Januar – also wenige Tage darnach — hat er seine Botschaft über «Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes» vorgelegt, mit denen sofortige, spürbare Ausgabenverminderungen erwirkt werden sollen. Dieses «Sparpaket 1980» ist nicht das erste seiner Art, aber es zeichnet sich durch einschneidende Eingriffe aus. Die wichtigsten Marken auf diesem «Bremsweg» sind eine Kürzung aller Subventionen und Darlehen des Bundes um 10 Prozent, die Aufhebung der Kantonsanteile an den Stempelabgaben und der Abbau des sogenannten Alkoholzehntels der Kantone vom Reinertrag der Alkoholverwaltung auf 5 Prozent sowie gezielte Verzichte auf entbehrliche Ausgaben wie die Brotverbilligung, wo ohne Schaden die «Preiswahrheit» wieder hergestellt werden kann. Das Ziel wäre, auf diese Weise bereits 1981 für den Bund eine Entlastung im Umfang von 650 Millionen, 1982 eine solche von 780 Millionen herbeizuführen, wogegen ab 1983 mit dem Inkrafttreten der in Aussicht genommenen neuen Finanzordnung die linearen Kürzungen durch ein verfeinertes System der Aufgaben- und Ausgabenverteilung zwischen Bund und Gliedstaaten abgelöst werden sollten. Wie man sich eine solche vorzustellen hat, ist mit dem am 28. Februar veröffentlichten «Bericht der Studienkommission für die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen» angedeutet worden, der gleichentags ins Vernehmlassungsverfahren geschickt worden ist. Im Finanzplan sind ab 1983 aus dieser Quelle 200 Millionen Einsparungen für den Bund eingesetzt.

Eine einfache Aufrechnung der geschätzten Fehlbeträge mit den Sparmassnahmen zeigt allerdings, dass das erstrebte Gleichgewicht so noch immer – auch nur annähernd – nicht hergestellt werden kann. Deshalb ist im Finanzplan trotz der Schlappe vom 20. Mai doch auch wieder von zusätzlichen Einnahmen die Rede: Ebenfalls als «Sofortmassnahme» ist zunächst eine Ausdehnung der Besteuerung des

Umsatzes von Goldmünzen und Feingold bereits auf den 1. Januar in Kraft gesetzt worden. Ihr soll noch im Laufe des Jahres eine Vorlage für die volle Belastung der Tabakfabrikate mit der WUST sowie die Neuunterstellung der bisher von dieser Steuer befreiten Energieträger Gas, Elektrizität und flüssiger Brennstoffe folgen, woraus jährliche Mehreinnahmen von über 350 Millionen erwartet werden. Weiter wird in Aussicht genommen, die in der Gesamtverkehrskonzeption vorgesehene Schwerverkehrssteuer vorweg zu verwirklichen, was noch einmal 350 Millionen einbringen würde. Schliesslich wäre eben anstelle der in zwei vergeblichen Anläufen am Souverän gescheiterten Ersetzung der Warenumsatzsteuer durch eine ertragreichere Mehrwertsteuer mit der notwendigen Erneuerung der Ende 1982 ablaufenden geltenden Finanzordnung eine – wie sich der Bundesrat ausdrückt – «massvolle Erhöhung» der Umsatzsteuersätze beliebt zu machen. Die hieraus erwarteten Mehreinnahmen werden auf netto 500 Millionen geschätzt, die übrig bleiben, wenn gleichzeitig die von der Verfassung vorgeschriebene Ausmerzung der «kalten Progression» auf dem Steuerzwilling WEST in Rechnung gestellt wird.

Auf diese Weise wäre es möglich, 1983 das Defizit bis auf 170 Millionen zum Verschwinden zu bringen. Es wird, um auch diesen letzten Rest an Ausgabenüberschüssen noch beseitigen zu können, pro memoria das von der politischen Linken gehätschelte Projekt einer besonderen «Bankensteuer» erwähnt, von dem sich gewisse Leute, unbekümmert um die Konsequenz, Wunder erhoffen. Von einer Abtragung des aufgelaufenen Schuldenbergs ist allerdings so oder anders nicht die Rede. Es würde nur vermieden, dass sich laufend neue Schulden aufhäufen!

## *Ein neuer Ton*

Mit diesen Absichtserklärungen und Anträgen, von denen heute in Gestalt des Sparpakets ein Dutzend Anträge auf Verfassungs-, Gesetzes- und Beschlussesänderungen vorliegen, während der grössere Rest der Reform vorläufig noch Zukunftsmusik ist, hat sich also der Bundesrat in der jüngsten Märzsession den Eidgenössischen Räten gestellt. Er hat dabei weniger in den vorher schriftlich unterbreiteten Unterlagen einen neuen Ton angeschlagen, der so ganz neu auch wieder nicht ist, kennt man doch aus früheren Jahren schon ähnliche Übungsanlagen zur Beschneidung der Bundesbeiträge und sogenannte Sparpakete. Wesentlich erscheint, dass der Bundesrat seinen Willen, diesmal ernst zu machen, mit einer hochpolitischen Umbesetzung in der Führung des Finanzdepartements angekündigt hat.

Die grosse, von keinem Auguren vorausgesehene Überraschung hat in dem Beschluss des am 19. Dezember erstmals in neuer Zusammensetzung – mit dem Bündner Leon Schlumpf anstelle des ausgeschiedenen Berners Rudolf Gnägi als Vertreter der bäuerlich-demokratischen SVP – zusammengetretenen Regierungskollegiums bestanden, dass der bisherige freisinnige Finanzminister Georges-André Chevallaz sein Departement dem Sozialdemokraten Willi Ritschard abgetreten hat. Wenn auch der Waadtländer als Finanzchef glücklos gewesen war, hat

es doch ausserhalb der möglichen neuen Kombinationen geschienen, dass dem 65jährigen auf den gleichen Zeitpunkt, da ihm für ein Jahr die Last des Bundespräsidenten aufgeladen wurde, auch noch die Einarbeitung in ein neues Departement – das ebenfalls nicht als Sinekure zu betrachtende Militär – zugemutet werden könnte.

Und an seiner Stelle sollte ausgerechnet ein Sozialdemokrat die Verwaltung der Finanzen übernehmen? – Schon der erste Vertreter der Sozialdemokraten im Bundesrat, Ernst Nobs, hatte wegen der oppositionellen Haltung seiner Partei gegenüber einer bürgerlichen Finanzpolitik seine besonderen Schwierigkeiten, so dass man es seinerzeit schwer begriffen hat, dass das Experiment einer Vierparteienregierung von Anfang an mit einer solchen Hypothek belastet wurde. Und als sein direkter Nachfolger, der hochbegabte, unvergessene Max Weber, der zum gleichen Abenteuer verurteilt wurde, wegen des Scheiterns des zu Unrecht als «Finanzreform Weber» etikettierten Versuchs einer Sanierung der Bundesfinanzen nach der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1953 in ganz unüblicher Weise seinen Rücktritt erklärte, glaubte man annehmen zu dürfen, dass das gleiche Risiko nicht mehr eingegangen würde.

Aber mit Willi Ritschard hat es seine eigene Bewandtnis: Obwohl es mit seiner Gesundheit nicht zum besten bestellt zu sein schien, hat dieser gegen den Willen einer nach linksaussen orientierten Parteiführung vor sechs Jahren in die Landesregierung gewählte Sozialdemokrat einige Eignungen vorzuweisen, die ihn für die von ihm erwartete Lösung der Finanzmisere prädestinieren wie kein anderes Mitglied des Kollegiums. Erstens ist er aus seiner früheren Tätigkeit als solothurnischer Finanzdirektor und seinerzeit führendes Mitglied der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren fachlich für die Aufgabe hervorragend vorbereitet. Vor allem hat er eben den richtigen Ton, mit dem Bürger zu reden. Wenn einer unpopuläre Massnahmen dem Volk genehm machen kann, so Ritschard. Dass er als Verkehrs- und Energieminister sich nicht durch grosse Entschlusskraft ausgezeichnet hat, hängt wohl damit zusammen, dass in diesen Bereichen heute allgemeine Verwirrung herrscht. Dieser Umstand dürfte ihm jedenfalls den Entschluss zu einem Departementswechsel erleichtert haben. Und wie Ritschards mutiges Auftreten bei der Verteidigung des Sanierungskonzepts für die Bundesfinanzen dargetan hat, das einen bürgerlichen Kommentatoren zur Bemerkung veranlasst hat, der neue Finanzchef scheine sich «wohl wie der Fisch im Wasser» zu fühlen, darf damit gerechnet werden, dass sich Willi Ritschard in seiner Domäne auch von der Obstruktion der «Genossen» nicht anfechten lässt.

So ginge die von seinen Regierungskollegen angestellte Überlegung vielleicht doch auf, dass in dieser entscheidenden staatspolitischen Frage die sozialdemokratische Opposition wieder näher ans Regierungslager herangeführt werden kann?

•

## *Die Aufnahme im Parlament*

In den drei ersten Märzwochen ist nun also die neue Regierungspolitik über die Bühne des Parlaments gegangen.

Es sind dazu vorweg einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Zunächst zum Charakter der «Regierungsrichtlinien», die gemeinsam mit dem damit koordinierten Finanzplan von beiden Kammern zur Kenntnis zu nehmen waren, während die erste Konkretisierungsetappe, das Sparpaket, vorläufig nur vom Ständerat zu behandeln gewesen ist und den Nationalrat erst in der Junisession beschäftigen wird.

Was die Regierungsrichtlinien anbelangt, ist mit Nachdruck zu betonen, dass es sich nicht um eine formelle Verpflichtung des Bundesrates, das aufgestellte Programm unter allen Umständen einzuhalten, und erst recht nicht um ein Legislaturprogramm des Parlaments handelt, das zwischen den in der Regierung vertretenen Parteien ausgehandelt worden wäre. Schon nach der Bundesverfassung kann den Richtlinien ein derart verbindlicher Charakter nicht zukommen. Mit Volksinitiativen, Referenden und Vorstössen der nach Gesetz ein ungebundenes Mandat ausübenden Parlamentarier können sie jederzeit über den Haufen geworfen werden. Bescheidene Versuche, durch Absprachen zwischen den Regierungspartnern, wie sie im Vorfeld früherer Richtliniendebatten angestellt worden sind, eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen, sind kläglich in den Anfängen schon stecken geblieben. So bleibt es bei dem Parlament zur blossen Kenntnisnahme unterbreiteten «Absichtserklärungen» des Bundesrates, der sich seinerseits darauf nur soweit verpflichten kann, als die Umstände gleichbleiben.

Der eingespielte Akt hat beim jüngsten Durchspielen gegenüber den ersten Darbietungen an Feierlichkeit etwas verloren, ist doch diesmal nach einer entsprechenden Reglementsrevision davon Abstand genommen worden, die Richtliniendebatte, die dem Wesen unseres Parlaments gemäss in den beiden gleichberechtigten Kammern getrennt durchgeführt wird, mit einer Erklärung des Bundespräsidenten vor der eigens zu diesem Zweck zusammengerufenen Vereinigten Bundesversammlung zu eröffnen. Man hat auf diese Erklärung, die nach den zuvor schon schriftlich unterbreiteten Daten nichts Neues mehr bringen konnte, verzichtet. Dafür ist als Neuerung heuer erstmals eine Vorberatung der Richtlinien in von den Räten eigens dafür bestellten Kommissionen vorweg durchgeführt worden. Dies aus dem Bestreben heraus, die Debatten zu «kanalisieren». Dieser Zweck ist denn auch weitgehend erreicht worden. Man hat sich in den Kommissionen auch darauf geeinigt, von formellen Motionen, die den Bundesrat verpflichten würden, seine politischen Absichten zu ändern, abzusehen. Versuche von Aussenseitern, von dieser Linie abzuweichen, blieben erfolglos.

Vom Parteichef der Sozialdemokraten und andern Kritikern ist die «organisierte Debatte» als Übung ohne geistige Höhenflüge abqualifiziert worden. Solche sind von unserem Parlament auch kaum zu erwarten. Immerhin haben sich aus den Repliken einzelner Votanten, die zu vorher gefallenen Fraktionserklärungen persönlich Stellung nahmen, zum Abschluss der Debatte doch noch einige bemerkenswerte politische Gesichtspunkte herauskristallisiert, die deutlich machten, wo sich die sozialdemokratische Politik von der bürgerlichen Grundhaltung abhebt.

Es ging um die Einstellung zum Staat und die Festlegung der Schwerpunkte der staatlichen Tätigkeit.

Wie schon in der letzten Nationalrats-Wahlkampagne sind besonders die abweichenden Auffassungen von Sozialdemokraten und Freisinn hart aufeinander geprallt. Der Freisinn ist damals mit der Parole «Weniger Staat» in den erfolgreich bestandenen Kampf gezogen. Seine Sprecher – im Nationalrat hat sich in diesem Gespräch der Zürcher Friedrich profiliert – haben nun verdeutlicht, dass diese Parole falsch interpretiert wird, wenn man unterschiebt, dass ihre Befolgung zu einer Schwächung des Staates führen müsste. So dränge die Weltlage, wie Afghanistan dartut, eine Stärkung der Landesverteidigung auf. Hier müsste sogar mehr getan werden, als es im Programm des Bundesrates vorgesehen wird. Dafür könnte bei der Ordnung der inneren Angelegenheiten von mancher kostspieligen Intervention ohne Schaden abgesehen werden. Im Gegenteil: eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers wäre heilsam; sie wäre der richtige Weg, der Staatsverdrossenheit des Bürgers zu begegnen, der es leid ist, dem Staat für überflüssige Eingriffe noch mehr Mittel in die Hand zu geben.

Das konträre Gegenteil wurde namens der Sozialdemokraten in pointierter Weise von Parteipräsident Hubacher vertreten: Zwar stemmt man sich auf ihrer Seite nicht mehr gegen jegliche Sparpolitik. Die Zustimmung zu einer sparsameren Politik scheint überdies durch die Überlegung erleichtert zu werden, dass nun nicht mehr ein «Bürgerlicher», sondern einer der Ihren im Finanzdepartement «den Finger am Abzug» hat. Insofern scheint der Departementswechsel tatsächlich den erwünschten politischen Effekt zu zeitigen. Aber das Schwergewicht der Sanierungsbemühungen möchte man doch nach wie vor auf die Beschaffung zusätzlicher Einnahmen legen, wobei ein doktrinäres «Gerechtigkeitsdenken» mitspielt, das in den alten Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit in Gestalt einer noch stärkeren Belastung der höheren Einkommen seinen Niederschlag findet. Es wurde auch kein Zweifel daran gelassen, dass man sich gegen jegliche Beeinträchtigung der sozialen Errungenschaften stemmt und eher deren weiteren Ausbau verfolgt.

## *Die Probe aufs Exempel*

Hatte so schon die Richtliniendebatte des Nationalrates, die den Reigen der parlamentarischen Verhandlungen über eine Neuorientierung der Politik eröffnete und sich materiell nur in Nuancen von der gleichen Debatte im Ständerat, der in der dritten Woche damit den Schlusspunkt unter eine denkwürdige Ratstagung setzte, wichtige Fingerzeige auf den Grad der Selbstbesinnung des Parlaments geboten, ist mit der Beratung des Sparpakets im Kleinen Saal, die zwischen diese beiden Grundsatzdebatten eingeschoben worden war, gewissermassen die Probe auf Exempel geleistet worden, wie ernst es unseren Räten mit dem neuen Anlauf ist.

Im Ständerat entwickelte sich zu diesem Gegenstand schon eine ungewohnt breite Eintretensdebatte mit anderthalb Dutzend Rednern, wozu

anzumerken ist, dass der Ständerat mit den Oktoberwahlen 1979 ein verändertes Gesicht erhalten hat. Die Verstärkung der sozialdemokratischen Opposition, die in der Ständekammer bis dahin immer eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, von 5 auf 9 Mitglieder wirkt sich aus. – Es ist allerdings die Opposition gegen eine konsequentere Politik des Bundes nicht auf die Sozialdemokraten beschränkt geblieben, aus deren Reihen vielmehr auch Stimmen zu hören waren, die von einer bemerkenswerten Einsicht in das Gebot der Stunde zeugten. Solche positiven Eindrücke sind leider durch die bei der abschliessenden Gesamtabstimmung geschlossen geübte Stimmenthaltung der Fraktion wieder verwischt worden: Man konnte sich offenbar mit dem Beratungsergebnis aus dem simplen Grund nicht abfinden, weil nicht von vornherein sämtliche sozialen und kulturellen Bereiche von der Herabsetzung der Bundesleistungen ausgeklammert bleiben sollen. Diese Haltung ist weniger verheissungsvoll.

Ein Hauptpunkt der Anträge des Bundesrates ist die Kürzung der Kantonsanteile am Reinertrag der Alkoholverwaltung und deren völlige Streichung bei den Stempelabgaben. Die «Gewerkschaft» der kantonalen Finanzdirektoren hatte gegenüber dieser Schmälerung einer sicher fliessenden Einnahmequelle der Kantone schon gleich nach dem Bekanntwerden der Absichten der Landesregierung Bedenken angemeldet. Die als teilweise Kompensation in Aussicht gestellte Entlastung der Kantone durch eine andere Aufgabenverteilung wurde als unsicherer «Gegenwert» empfunden, weil sie ja im Augenblick erst ein Versprechen, aber noch keine im Detail festgelegte Position ist. So hat sich in der Detailberatung schliesslich ein Kompromiss durchgesetzt, der im Unterschied zum Bundesrat keinen endgültigen Verzicht der Kantone auf die Stempelabgaben und den auf die Hälfte beschnittenen «Alkoholzehntel» zum Beschluss erhebt, vielmehr die Aufhebung, beziehungsweise Kürzung der Kantonsanteile vorläufig auf die Übergangszeit bis zur Inkraftsetzung der ersten Stufe der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen befristet; als letzter Termin für die Geltungsdauer des provisorischen Verzichts wurde der 31. Dezember 1985 verankert.

Der zweite Streitpunkt von grösserer Tragweite war die lineare Kürzung der Bundesbeiträge um 10 Prozent. Erwartungsgemäss meldeten sich zu diesem Ansinnen die Vertreter von Sonderinteressen mit ihren Vorbehalten. Von sozialdemokratischer Seite wurde sogar ein Rückweisungsantrag gestellt, der vom Bundesrat eine neue Vorlage mit der Auflage verlangte, die sozialen und kulturellen Beiträge als Ganzes vom Abbau auszunehmen und sich nicht mit der vom Bundesrat beantragten Einräumung eines «Härtekontingents» von 200 Millionen zu begnügen, in dessen Rahmen Sonderfällen Rechnung getragen werden soll. Der Antrag ist gegen die 9 Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt worden.

Andere Anträge, die schliesslich ebenfalls allesamt unterlagen, zielten auf eine nach der Finanzkraft der Kantone abgestufte Kürzungsskala von 15 bis 5 Prozent. Schliesslich wurde aber auch für die Subventionskürzungen eine von den Vorstellungen des Bun-

desrates abweichende Lösung gewählt, die diese Massnahme ebenfalls mit dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Aufgabenteilung in Übereinstimmung bringt, beziehungsweise längstens bis Ende 1985 befristen will. Hier ist die Differenz zur Regierungsvorlage weniger einschneidend, da ja auch sie die «Grobkorrektur» einer linearen Beitragsbeschneidung nur als Übergangsmassnahme betrachtet wissen wollte. Immerhin zeugen die vom Ständerat angebrachten Ergänzungen von einem bedauerlichen Misstrauen des Parlaments gegenüber dem Willen des Bundesrates, mit der Sanierung ernst zu machen.

### *Misserfolg, oder doch ein Ansatz zum Bessern?*

Eine abschliessende Würdigung der Beschlüsse und der verbalen Bekenntnisse des Parlaments ist heute noch verfrüht. Man muss die Beratung des Sparpakets vom Juni im Nationalrat abwarten. Immerhin darf wohl ein Hoffnungsschimmer am Horizont gesehen werden, der Besseres verheisst, als es früheren Übungen beschieden war. Es ist namentlich auf den Eindruck zu verweisen, den das entschlossene Auftreten des Bundesrates hinterlassen hat.

Die Verhandlungen über Regierungsrichtlinien und Finanzplan, denen in beiden Kammern das Dreigestirn Bundespräsident, Finanzminister und Bundeskanzler aufmerksam folgte, sind mit eindrücklichen Repliken von Bundespräsident Chevallaz und Bundesrat Ritschard abgeschlossen worden. Dabei konnte der Bundespräsident, der sich mit den generellen Einwänden gegen die Regierungspolitik im einzelnen auseinandersetzte, doch bei den meisten Rednern eine gute Aufnahme feststellen. Eine dringende Klarstellung brachte sein Votum zur Auseinandersetzung um den im Nationalrat hochgespielten Gegensatz «Mehr Staat? Weniger Staat?». Der Bundesrat heisst weder die eine noch die andere Forderung gut. Er ist für eine «bessere Eidgenossenschaft», in der die Freiheit die Solidarität nicht in den Hintergund drängt und die Solidarität die Freiheit nicht erdrückt. Eine Eidgenossenschaft, in der die Kantone nicht zu blossen Vertretern der Zentralregierung herabsinken, die deren Beiträge verteilen, sondern ihre Eigenständigkeit und ihre Initiative in einem aktiven Föderalismus zum Ausdruck bringen können. Eine Eidgenossenschaft des Gleichgewichts und des gerechten Ausgleichs auch zwischen den Kräften der Wirtschaft und der Regionen.

Mochte dieses Bekenntnis in seinen allgemeinen Wendungen noch etwas «bundesfeierhaft» anmuten, wurde Chevallaz' Nachfolger im Finanzdepartement, dem hüben und drüben die Stellungnahme zum Finanzplan und im Kleinen Saal als Einzelkämpfer die Verteidigung des Sparpakets überbunden war, konkreter. Willi Ritschard liess keinen Zweifel am Willen des Bundesrates aufkommen, die unerträglich gewordene Situation endlich zu meistern. Dabei prägte er den bemerkenswerten Satz, dass die Ordnung der Finanzen nicht «Politik an sich» ist, geordnete Finanzen aber eine entscheidende Voraussetzung sind, um überhaupt Politik machen zu können. «Mit geordneten Finanzen müssen wir diesen Staat wieder glaub-

haft machen. Solange wir in Milliardendefiziten stecken, wird uns der Bürger weiterhin Finanzvorlagen vor die Füsse schmeissen!»

Es wurde deutlich, dass der Praktiker Ritschard von den schönen Theorien der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft nichts hält, die dem Staat das Schuldenmachen beliebt machen möchten. Für ihn bleiben Schulden – schon allein wegen der Milliardenbeträge, die für die Zinsenlast aufgebracht werden müssen und für nützlichere Zwecke verloren sind – ein Ärgernis. Er sieht vor allem auch die Inflationsgefahr, die mit dem Hineinpumpen von öffentlichen Geldern in den Wirtschaftskreislaus real wird. Willi Ritschard wurde, was keinem Finanzminister, so weit man sich zurückerinnern kann, zuvor beschieden war, nach seiner Rede im Nationalrat auf allen Bänken mit spontanem Beifall bedacht.

*Arnold Fisch*

## AFGHANISTAN UND DER WESTEN

Die sowjetische Invasion Afghanistans hat auf beiden Seiten des Atlantiks eine Welle von Spekulationen über die Ziele und Absichten des Kremls ausgelöst. Amerikanische Analytiker neigen dazu, den sowjetischen Schritt im Kontext einer Globalstrategie zu betrachten, in deren Rahmen die Sowjets ein Jahrzehnt der vermeintlichen Entspannung dazu genutzt hätten, eine beispiellose Aufrüstung sowohl im strategischen wie im konventionellen Bereich zu betreiben sowie durch den Einsatz kubanischer Truppen und osteuropäischer Berater eine neue Taktik der Machtausübung in Afrika und im Nahen Osten erfolgreich zu entwikkeln. Der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan stehe ganz im Zeichen dieser global angelegten Machtpolitik, auch wenn er eine qualitativ neue Stufe in deren Verwirklichung darstelle. Eine andere Variante lehnt die These einer konzipierten Globalstrategie ab, stellt dafür einen für Grossmächte charakteristischen Opportunismus fest: westliche Schwäche habe in verschiedenen Regionen Vakua entstehen lassen, deren Ausfüllung eine für die Kreml-Führung unwiderstehliche Versuchung darstellte. Ob Gesamtstrategie oder Opportunismus, der neuste sowjetische Vorstoss verschiebe nach vorherrschender amerikanischer Meinung die globale Machtbilanz auf gefährliche Weise zugunsten des Ostens.

### *Europäische Motivforschung*

Die in Westeuropa betriebene Motivforschung hebt dagegen die möglichen regionalen und innenpolitischen Beweggründe für die sowjetische Intervention hervor. Afghanistan gehöre demnach seit jeher zur russischen Einflusssphäre und stehe seit April 1978 unter einem offen prosowjetischen Regime. Obgleich kein Mitglied des Warschauer Paktes, «erfreue» sich das Land seit mehr als anderthalb Jahren der Dienste Tausender sowjetischer Militärberater und sei

durch einen Freundschaftsvertrag an die östliche Führungsmacht gebunden. Die Sowjets hätten daher nicht tatenlos zusehen können, als regionale Instabilität und innerer Widerstand ein freundlich gesinntes, verbündetes Regime zu Fall zu bringen drohten. Dies um so weniger, als eine fundamentalistische islamische Revolution auf die moslemische Bevölkerung in den angrenzenden Sowjetrepubliken übergreifen könnte. Die Besetzung Afghanistans sei dieser Einschätzung nach zwar höchst bedauerlich, stelle aber keine grossangelegte sowjetische Offensive gegen westliche Interessen und daher keinen Grund zu einem Rückfall in den Kalten Krieg dar.

Nicht nur akademische Kreml-Astrologen, sondern auch ranghohe westliche Amtsträger warten mit solchen Mutmassungen über sowjetische Motive und Zielsetzungen auf. Keine ihrer an sich interessanten Spekulationen lässt sich angesichts westlicher Unkenntnisse über den Beschlussfassungsprozess in der Sowjetunion stichhaltig belegen. Deren eigentliche Bedeutung entstammt aber weniger ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt als vielmehr ihrer Funktion als Beweggrund bzw. als nachträgliche Rechtfertigung westlicher Politik. Die wohlwollendere Interpretation sowjetischer Absichten passt bequem in das entspannungspolitische Konzept hinein, das westeuropäische Regierungen trotz mancher Rückschläge unbeirrt weiterzuverfolgen suchen. Die kollektiven Militäranstrengungen, die Präsident Carter in seiner jüngsten Botschaft über die Lage der Nation gefordert hat, werden hingegen mit dem Hinweis begründet, die Invasion Afghanistans habe die Sowjetunion bis auf 300 Meilen vom Indischen Ozean sowie eng an die für den Westen lebenswichtige Wasserstrasse von Hormuz herangebracht. «Die Sowjetunion versucht, eine strategische Position zu konsolidieren, die eine schwere Bedrohung für das Mittelostöl darstellt», hatte Carter damals erklärt; «die jetzt durch die sowjetischen Truppen in Afghanistan bedrohte Region ist von grosser strategischer Bedeutung».

Wie von europäischen Beobachtern immer wieder vermerkt, muss die Einstellung Carters in Zusammenhang mit den im November bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gesehen werden. Aussenpolitische Krisen kommen in der Regel dem Inhaber des höchsten Staatsamtes innenpolitisch zugute, da die amerikanischen Wähler in solchen Situationen ihre wirtschaftlichen und sozialen Sorgen eher zu übersehen und dem Präsidenten über ideologische oder parteipolitische Differenzen hinweg ihre patriotische Unterstützung zu gewähren bereit sind. Diese Wirkung haben die Meinungsumfragen zwischen Oktober 1979 und März 1980 auf dramatische Weise bestätigt, die infolge der Doppelkrise im Nahen Osten einen völligen Umschwung in der jeweiligen Popularität von Carter und seinem demokratischen Herausforderer Kennedy festgestellt haben. Dem Präsidenten, der im Wahlkampf 1976 eine Kürzung des Verteidigungsetats und eine Verbesserung der Ost–West-Beziehungen in Aussicht gestellt hat, ist vordem wegen einer Reihe von Schwankungen und Fehlentscheidungen aussenpolitische Schwäche und Inkonsequenz vorgehalten worden. Durch die jetzige Krisensituation erhält er die Gelegenheit, sich als entschlossener Staatsmann zu

profilieren und damit seine Wahlaussichten bei einer Wählerschaft aufzubessern, die sich im scharfen Gegensatz zu den frühen siebziger Jahren über die unentwegte Aufrüstung der Sowjetunion sowie über die anscheinende militärische, wirtschaftliche und moralische Schwächung des eigenen Landes zunehmend besorgt zeigt.

Solche Überlegungen reichen jedoch kaum aus, die Reaktion der amerikanischen Regierung auf Afghanistan zu erklären. Zum einen stand keineswegs von vornherein fest, ob die von Carter geforderten Repressalien gegen die Sowjetunion auf innenpolitische Resonanz stossen würden. Das Getreide-Embargo berührt offensichtlich trotz staatlicher Unterstützungskäufe die ureigensten Interessen der amerikanischen Landwirte. Andere Wirtschaftssanktionen ernteten den Ärger einflussreicher Grosskapitalisten, die traditionell im Handel mit kommunistischen Staaten die Möglichkeit gesteigerter und gesicherter Gewinne erblikken und dabei irritierende politische Verwicklungen am liebsten ausser acht lassen. Die Entscheidung, junge Amerikaner zur eventuellen Wehrpflicht registrieren zu lassen, rief erwartungsgemäss starke Proteste hervor – ganz zu schweigen von Carters Wunsch, die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch auf diesen Bereich zu erstrecken.

Die Frage stellt sich, wie weit die Amerikaner gehen wollen, um wieder eine grössere weltpolitische Verantwortung zu übernehmen sowie die dafür notwendige Militärmacht zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Erhöhten Steuerlasten kommt hierbei nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Momentane Gefühle eines wiedererweckten Nationalismus dürfen über das unvergessene, allenfalls sublimierte Trauma von Vietnam nicht hinwegtäuschen. Tiefgreifende Änderungen in der Aussenpolitik des anscheinend noch einmal wiedergeborenen Carters müssen besonders bei einem guten Teil seiner ursprünglichen Anhängerschaft ernste Bedenken hervorrufen; zugleich scheinen sie die Kritik seiner republikanischen Gegenspieler in zahlreichen Punkten zu bestätigen. Carters neuer Kurs mag ihm also freilich vorübergehende innenpolitische Vorteile gebracht haben. Fraglich aber ist, ob sie für seine Reaktion auf Afghanistan den Ausschlag gaben.

Während solche wahltaktischen Erwägungen im Falle Carters gemeinhin überbewertet werden, verschweigt man sie merkwürdigerweise im Hinblick auf die westeuropäische Haltung zu Afghanistan. Doch Wahlen finden in diesem Jahr bekanntlich nicht allein in den USA, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland statt; Frankreichs Wähler gehen im Mai 1981 zur Urne. In den beiden letztgenannten Ländern lassen schwerwiegende innenpolitische Beweggründe die Neigung entstehen, den sowjetischen Einmarsch als einmaligen, aus «defensiven» Zwecken unternommenen Schritt auszulegen, der den bisherigen Kurs der Entspannungspolitik nicht ins Wanken bringen darf. In Frankreich will man nicht nur die von de Gaulle zuwege gebrachten Sonderbeziehungen zum Osten aufrechterhalten, sondern bleibt auch darauf bedacht, sich weiterhin auf Distanz zu den «angelsächsischen Mächten» zu halten. Der Gaullistenführer Chirac kritisiert zwar die weiche Antwort der

Regierung auf die sowjetische Intervention, bleibt indessen eine Erklärung schuldig, wie eine stärkere Reaktion ohne einen engeren Zusammenhalt mit den westlichen Bündnispartnern Erfolgsaussichten haben könnte. Eine diplomatische Annäherung an die Vereinigten Staaten würden aber alle Parteien als unzulässigen Unabhängigkeitsverlust anprangern.

Für Bonn stellt sich hingegen das Dilemma, dass Entspannung und enge westliche Solidarität zwei miteinander immer schwerer zu vereinbarende innen- wie aussenpolitische Erfordernisse sind. Regierung wie Wähler sind sich der Angewiesenheit auf militärische und diplomatische Unterstützung der Vereinigten Staaten schmerzhaft bewusst; die bisherigen Gewinne der deutschen Ostpolitik wollen sie aber verständlicherweise nicht aufs Spiel gesetzt wissen. Seit 1969 haben die kulturellen und menschlichen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands wesentlich zugenommen, während die Berlin-Frage, obzwar nicht endgültig gelöst, durch das Vier-Mächte-Abkommen von 1972 entkrampft wurde. Darüber hinaus hat man den Ost–West-Handel dermassen ausbauen können, dass die Bundesrepublik heute zum wichtigsten Handelspartner des Ostblocks geworden ist.

## *Kompromittierte Ostpolitik*

Doch durch ihre Ostpolitik, die ihr eine grössere diplomatische Flexibilität gegenüber den USA und den anderen Verbündeten einbrachte, hat die Bundesrepublik den Spielraum für direkte und indirekte sowjetische Pressionen auf die deutsche Aussenpolitik vergrössert. Das ist zwar keine Verdammung der Bonner Ostpolitik, darf aber nicht übersehen werden. Der deutsch-deutsche Dialog und die Stabilität der Lage um Berlin bilden widerrufliche Ergebnisse der Détente, sie setzen den Willen der sowjetischen Führung voraus, eine Politik in diesem Sinne weiterzuführen. Vom Osthandel hängen deutsche Arbeitsplätze, Konzerngewinne und beträchtliche Erdgaslieferungen ab. Die Deutschen haben mit ihrer Behauptung zweifellos recht, Wirtschaftssanktionen gegen den Ostblock würden sie ungleich härter treffen als die Vereinigten Staaten. Freilich haben sie sich selbst in die Situation hineinmanövriert, wo dies im gegenwärtigen Ausmass der Fall ist.

Eine Schmälerung der Gewinne der französischen und besonders der deutschen Ostpolitik müsste zwangsläufig auf die innenpolitische Debatte in beiden Ländern durchschlagen. Ebensowenig wie bei Carter kann man wahltaktische Überlegungen als Perzeptionen des jeweiligen nationalen Interesses übergeordnet oder auch nur von diesen völlig trennbar betrachten. Gerade in solchen Perzeptionen stellen sich aber gegenseitig europäisch-amerikanische Verärgerungen ein, die wohlklingende offizielle Erklärungen nur teilweise verdecken. Nach deutsch-französischer Auffassung hätten die Amerikaner bei ihrer unberechenbaren und unbedachten Politik Konsultationen mit den Europäern vernachlässigt und die europäische Interessenlage unzureichend in Betracht gezogen. Die plötzlichen Wendungen amerikanischer Aussenpolitik hätten Verwirrung gestiftet und die internationale Entspannung gefährdet.

Amerikanischer Unmut über die deutsch-französische Haltung ist etwas anderer Natur: man hält den Europäern nicht vor, amerikanische Belange zu ignorieren, sondern vielmehr die eigenen langfristigen Interessen teilweise zu verkennen. Nicht nur ist Westeuropa wesentlich abhängiger vom Erdöl des Persischen Golfs als die Vereinigten Staaten: während letztere etwa ein Viertel ihres Ölbedarfs mit Importen aus jener Region dekken, sind es im Fall Westeuropas über 60 Prozent. Wichtiger sei, die Entspannung nicht in eine Art Beschwichtigungspolitik ausarten zu lassen, indem man sich davor scheut, notfalls ihre unverzichtbaren negativen Anreize zu gegenseitiger Zurückhaltung ins Spiel zu bringen. Die von Carter verkündeten Massnahmen stellten keine «Bestrafung» der UdSSR dar, wohl aber dienten sie dem Zweck, der sowjetischen Führung klarzumachen, dass Aggression schwerwiegende diplomatische und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen muss. Solche Gegenmassnahmen sollen die Sowjetunion von weiterer Machtausweitung abschrecken, indem sie die Entschlossenheit der übrigen Welt demonstrieren, die internationale Stabilität zu bewahren und die eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Nicht allein die Vereinigten Staaten vertreten einen solchen Standpunkt: die islamischen Staaten haben auf der Konferenz in Islamabad Sanktionen gegen die Sowjetunion gefordert; die Volksrepublik China hat sich zur Teilnahme an der Verteidigung Pakistans bereit erklärt; und über 25 Nationen haben sich bislang dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau angeschlossen. Die Deutschen und Franzosen halten sich hierbei zurück. Zwar haben sie die Invasion Afghanistans verurteilt, da diese die internationale Entspannung unsicherer und schwieriger mache; das Schmidt-Giscard-Communiqué vom 5. Februar stellte jedoch nur für den Fall westliche Gegenmassnahmen in Aussicht, dass der Entspannung ein neuer Schlag gleicher Art zugefügt werden sollte. Die Empfehlung des Europa-Parlaments, keine nationalen Mannschaften zu den Olympischen Spielen zu entsenden, hat bislang keine der beiden Regierungen angenommen. Zwar haben die Deutschen betont, dass die Sowjetunion die Vorbedingungen für eine Teilnahme an den Olympischen Spielen erst schaffen müsse. Im Klartext dürfte dies heissen, eine bundesdeutsche Mannschaft wird in Moskau doch nicht erscheinen, solange die sowjetische Präsenz in Afghanistan unvermindert andauert. Das Hinausschieben einer Entscheidung mag darin begründet liegen, dass man den Sowjets Zeit lassen will, ihre Intervention zu überdenken und gegebenenfalls sich ohne Gesichtsverlust aus Afghanistan zurückzuziehen. Es könnte aber zugleich ein Signal dafür sein, dass ein eventueller deutscher Boykottsentschluss nicht aus eigener Überzeugung, sondern nur auf anhaltenden Druck der Amerikaner hin zustande käme. Kanzler Schmidts Bemerkungen zu der Presse auch nach seinen letzten Gesprächen in Washington müssen diese Vermutung erhärten. In Frankreich indessen wird die Olympiade-Entscheidung als ein Prüfstein für die nationale Unabhängigkeit bewertet.

Wirtschaftliche Sanktionen sind bei den französischen und deutschen

Regierungen auf ebensowenig Begeisterung gestossen. Die Europäische Gemeinschaft hat sich verpflichtet, das partielle amerikanische Getreideembargo gegen die Sowjetunion nicht zu unterlaufen. Dieser Entschluss dürfte um so leichter gefallen sein, als die Gemeinschaft ohnehin kein Getreide an die Sowjetunion liefert. Zu parallelen eigenen Massnahmen haben sich die Festlandseuropäer aber noch nicht durchgerungen. Der Ost–West-Handel sei nach offizieller deutscher Darstellung vornehmlich aus politischen Gründen gefördert worden, dürfe aber andererseits nicht aus politischen Motiven wieder eingeschränkt werden. Höchstens will man die Ausfuhr hochentwickelter Technologie auf mögliche strategische Implikationen hin einer nochmaligen Überprüfung unterziehen.

### *Keine Entspannung ohne Gleichgewicht*

Militärisches Gleichgewicht bildet, wie die deutsche Regierung hervorgehoben hat, die Vorbedingung einer realistischen Entspannungspolitik. Aus diesem Grund bestand man 1979 auf einer angemessenen westlichen Antwort auf die wachsende sowjetische Überlegenheit im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen. Auf das in Europa bestehende konventionelle Ungleichgewicht fiel die Antwort der NATO jedoch etwas unklarer aus. Zwar haben sich alle Mitgliedstaaten im Rahmen des im Mai 1978 beschlossenen Langzeitprogramms verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben über fünf Jahre um jährlich real 3 % zu erhöhen. Diese Verpflichtung ist jedoch von einer Reihe westeuropäischer Regierungen nicht eingehalten worden. Auch nach der Invasion Afghanistans hat der deutsche Verteidigungsminister Apel erklärt, die vorgesehene diesjährige Aufstockung des bundesdeutschen Militärhaushaltes um weniger als 2 % reiche aus. Kurz vor dem Kanzlerbesuch in Washington Anfang März wurde diese Haltung freilich revidiert. Eine deutsche Militärhilfe an die Türkei hat man dem Verteidigungsetat hinzugefügt, so dass dieser die von den Amerikanern erwünschte dreiprozentige Erhöhung aufweisen konnte. Indem sie auf diese Weise eine Antwort auf Afghanistan mit einer schon längst bestehenden Verpflichtung verknüpfte, hat die Bundesregierung geschickt zwei Fliegen mit einer Klappe getroffen.

Das Schluss-Communiqué des Carter-Schmidt-Treffens in Washington Anfang März mag sich auf die gereizte Stimmung in beiden Ländern mildernd ausgewirkt haben. Die Amerikaner nahmen Schmidts Lobworte für Carters staatsmännische Haltung in der Iran-, wenn zwar nicht in der Afghanistan-Krise zur Kenntnis, während nach Carters Befürwortung einer fortgesetzten Entspannungspolitik die Bonner «*Welt*» es sich nicht verkneifen konnte, ihre diesbezügliche Reportage mit der tiefsichtigen Überschrift «Carter gibt den Deutschen nach» zu verzieren. Die französische Regierung gibt sich indessen kaum Mühe, die keineswegs aufgehobenen europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten herunterzuspielen. Hierbei wird immer noch auf die Gefahr amerikanischer Überreaktionen aufmerksam gemacht, während im gleichen Atem-

zug die sowjetische Intervention als «schwerer Irrtum» bezeichnet wird. Falls aber der sowjetischen Aktion in der Tat eine Fehleinschätzung der Moskauer Führung unterliegt, so hauptsächlich im Hinblick auf die Reaktion der restlichen Welt mit Ausnahme Westeuropas. Unerörtert bleibt die Frage, ob die Vereinigten Staaten in Erwiderung auf Afghanistan eigentlich weniger tun konnten. Ihre direkten Repressalien bleiben recht bescheiden. Praktische Gegenmassnahmen zur Sicherung westlicher Interessen hat Carter erst in die Wege leiten können; deren Verwirklichung dürfte zumindest einige Jahre in Anspruch nehmen. Mit Recht hat Carter darauf bestanden, dass solche Massnahmen keinen amerikanischen Alleingang darstellen dürfen, sondern sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens und mit den europäischen Alliierten erfordern.

Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen scheint sich in der Tat im Hinblick auf eine solche Strategie ein gewisses Ausmass an europäisch-amerikanischer Übereinstimmung anzubahnen. Könnten doch symbolische und wirtschaftliche Sanktionen die Ost–West-Beziehungen weiter abkühlen lassen, so müsste das Unterlassen überfälliger Verteidigungsmassnahmen die militärische Verwundbarkeit Westeuropas vergrössern und dessen wirtschaftliche Lebensfähigkeit in Frage stellen. Entscheidend sind in dieser Beziehung weniger die sowjetischen Absichten, über die im Westen so eifrig wie letztlich vergebens gerätselt wird, als vielmehr die weitere Verschiebung des objektiven globalen Kräfteverhältnisses durch die Besetzung Afghanistans.

Obwohl eine geographische Ausweitung des NATO-Bereichs ausgeschlossen scheint, zeigen sich die westeuropäischen Regierungen zunehmend bereit, eine erweiterte militärische Zusammenarbeit mit den USA und den Staaten des Nahen Ostens in Betracht zu ziehen. Während von der Bundesrepublik Deutschland keine militärische Präsenz im Ausland zu erwarten ist, wird von der Bundesregierung ein grösserer Beitrag zur europäischen Verteidigung in Aussicht gestellt. Ein wirksames westliches Vorgehen kann sich allerdings nicht auf militärische Massnahmen beschränken; intensivierter diplomatischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten kommt ebenfalls wesentliche Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang könnte sich die differenziertere europäische Haltung zum arabisch-israelischen Konflikt dem Westen durchaus als vorteilhaft erweisen, solange sie nicht zur Erringung einseitiger nationaler Vorteile eingesetzt wird. Der von Grossbritannien eingebrachte EG-Neutralisierungsplan für Afghanistan schliesslich bietet zumindest die Möglichkeit, sowjetische Absichten ans Licht zu bringen und eine gemeinsame westliche Vorgehensweise zu entwickeln.

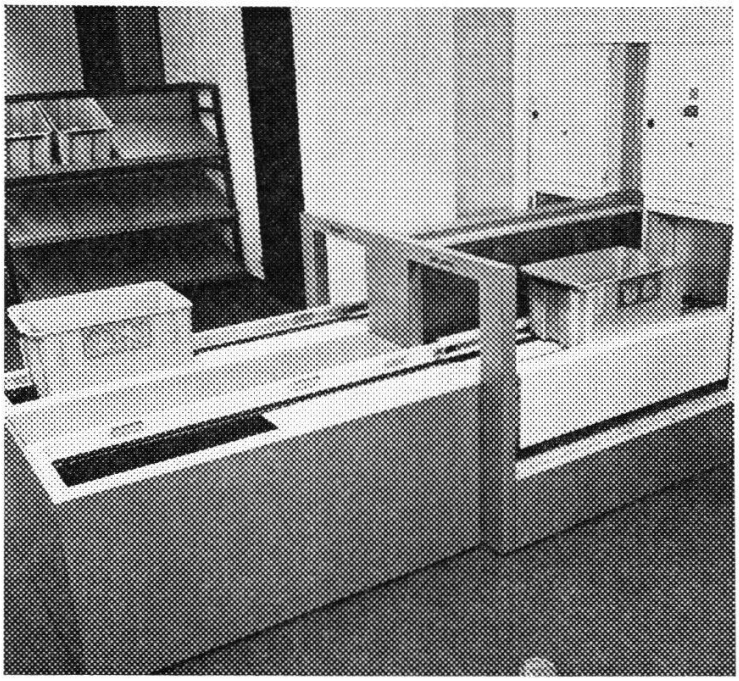
Zu der Unberechenbarkeit der amerikanischen Aussenpolitik gesellt sich also auch in Krisenzeiten die allzu berechnende Neigung mancher europäischer Staatsführungen, die Vereinigten Staaten die alleinige diplomatische und finanzielle Last gemeinsamer Aufgaben übernehmen zu lassen. Die Erkenntnis gemeinsamer Interessen dürfte aber verhindern, dass diese Versuchung die Politik der europäischen NATO-Partner nachhaltig

bestimmt. Die Einbindung in eine bestimmte Art von Entspannungspolitik führt mancherorts zu wohlwollenden Auslegungen sowjetischer Vorstösse und zu Zurückhaltung gegenüber amerikanischen Gegenschritten. Das Interesse an der Stabilität im Nahen Osten und am internationalen Kräftegleichgewicht macht jedoch eine langfristige gemeinsame Antwort des Westens unabdingbar. Diese wachsende Einsicht könnte einer arbeitsteiligen Strategie des Westens zugrundeliegen, bei grösserer sicherheitspolitischer Verantwortung der Europäer inner- und ausserhalb des NATO-Bereichs. Abzuwarten bleibt, ob sie einer sowjetischen «Friedensoffensive» standhalten kann, die darauf abzielen würde, europäische Gemüter zu beruhigen und eine engere europäisch-arabisch-amerikanische Zusammenarbeit zu vereiteln.

*Stephen J. Artner*

**Schmalbehälter-**
**Kleinbehälter-**
**Paletten-**

**Förderanlagen**



**Zum Beispiel:**
Kleinbehälterförderanlagen zum vollautomatischen Transport von Akten, Paketen usw. in Banken, Verwaltungen, Spitälern

Schlieren

Produktbereich Fördersysteme
8952 Schlieren, ✆ 01 / 730 70 11